Stand: 15.12.2025 16:35:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9918

"Nein heißt nein! - Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9918 vom 04.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10908 des VF vom 05.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11134 vom 20.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 04.02.2016 **Drucksache 17/9918**

# Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Nein heißt nein! – Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht geschlossen werden und die Istanbuler Konvention des Europarats vom 11. Mai 2011 endlich im deutschen Strafgesetzbuch umgesetzt wird, so dass für die Verwirklichung des Straftatbestands ein klares „Nein“ des Opfers ausreicht, auch wenn nicht zugleich der Tatbestand der Gewalt oder Nötigung vorliegt.

**Begründung:**

Der § 177 des Strafgesetzbuchs (StGB) entspricht nicht den Anforderungen der Istanbuler Konvention des Europarats vom 11. Mai 2011. Darum wird seit langen eine Reform des § 177 StGB gefordert, beispielweise vom Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bbf) – (Studie vom Juli 2014, Kongress Oktober 2010), vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KfN), vom Deutschen Juristinnenbund (djb), von Terre des Femmes (TdF) und von vielen weiteren Expertinnen und Experten. Auch in den Landtag wurde diese Forderung mehrfach eingebracht – zuletzt durch den Antrag Drs. 17/3210 vom 2. Oktober 2014 der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in den Deutschen Bundestag durch den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drs. 18/5384 vom 1. Juli 2015.

Die aktuelle Tatbestandsformulierung führt dazu, dass nur ein geringer Teil der angezeigten Vergewaltigungen zu Verurteilungen führt. Eine Ursache dafür ist die zu enge Fassung des Tatbestands des Vergewaltigungsparagrafen des StGB. Seit 2006 der Bundesgerichtshof eine einschränkende Auslegung des Tatbestandsmerkmals „mit Gewalt“ vorgegeben hat, ist der Anteil der Verurteilungen an den Vergewaltigungen zurückgegangen. Darum ist durch eine Änderung der Gesetzesformulierung darauf hinzuwirken, dass diese Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung auch tatsächlich bestraft werden. Es kann nicht sein, dass zur Verteidigung der eigenen sexuellen Selbstbestimmung eine klar und deutlich geäußerte Ablehnung nicht ausreichend sein soll, sondern das Opfer gezwungen sein soll, selbst sich mit körperlicher Kraft wehren zu müssen.

In den letzten Wochen gab es etliche Äußerungen aus den Reihen der Unionsparteien, die den Eindruck erweckten, dieses Problem lösen zu wollen.

„Sexualdelikte sind keine Kavaliersdelikte. Sie widersprechen der sexuellen Selbstbestimmung und verletzen die Menschenwürde sowie die körperliche Unversehrtheit. Deshalb sorgen wir dafür, dass gemäß Art. 36 der Istanbul-Konvention die Gesetzeslücke bei Vergewaltigung geschlossen wird. Für den Straftatbestand muss ein klares „Nein“ des Opfers ausreichen, auch wenn nicht zugleich der Tatbestand der Gewalt oder Nötigung vorliegt.“ (Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands anlässlich der Klausurtagung am 8. und 9. Januar 2016 in Mainz)

„(...) Dazu müssen auch bestehende Strafbarkeitslücken bei sexuellen Übergriffen endlich geschlossen werden. (...)“ Arbeitstagung der CSU-Landtagsfraktion vom 19. bis 21. Januar 2016 in Wildbad Kreuth: „Resolution zu den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln“.

„(...) Der Vergewaltigungsparagraf muss verschärft werden. (...)“ Dr. Florian Herrmann, CSU, MdL, in der Bayerischen Staatszeitung am 15. Januar 2016.

Diesen Ankündigungen müssen nun umgehend auch Taten folgen und die seit langem überfällige Novellierung der §§ 177 ff. StGB muss nun sofort umgesetzt werden.

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

**Bayerischer Landtag**

17. Wahlperiode 05.04.2016 **Drucksache** 17/**10908**

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/**9918**

**Nein heißt nein! - Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen**

## I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Katharina Schulze**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

## II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. März 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 5. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

**Franz Schindler**
Vorsitzender

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 20.04.2016 **Drucksache** 17/**11134**

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**9918**, 17/**10908**

**Nein heißt nein! – Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures**: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Bevor ich abstimmen lasse, teile ich Ihnen mit, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung den Antrag der Abgeordneten Schreyer-Stäblein, Dr. Rieger, Brückner und anderer und Fraktion (CSU), Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Subsidiaritätsangelegenheit – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen von Dienstleistungen", Drucksache 17/10874, zugestimmt hat.

(Unruhe)

– Wir haben Zeit.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wir auch!)

– Danke, es passt schon. – Im Einzelnen verweise ich hierzu auf den für Sie aufgelegten Antrag und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses. Die Subsidiaritätsangelegenheit ist die Nummer 1 der aufgelegten Liste.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den Voten der einzelnen Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt komme ich zurück zur Zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes und zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/9699, der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/11005 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf der Drucksache 17/10935.

Vorweg ist über den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereichten Änderungsantrag auf der Drucksache 17/11005 abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Satz 1 im neu einzufügenden Artikel 5a Absatz 6 eine neue Fassung erhält. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf die Drucksache 17/10935. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Mai 2016" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Zuruf von der CSU: Gibt es jetzt keine Namentliche?)

– Nein, Sie haben für die Schlussabstimmung eine Namentliche beantragt, das ist die dritte Abstimmung. Die kommt erst noch. – Bitte zeigen Sie die Stimmen an, wenn Sie zustimmen möchten. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Für die Schlussabstimmung wurde von der CSU eine namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Fünf Minuten, bitte!– Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 14.19 bis 14.24 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Ich darf Sie bitten, jetzt wieder Platz zu nehmen.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und die Anträge, die jeweils nicht einzeln zu beraten waren, zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

| | |
|---|---|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

**Europaangelegenheit**

1. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner u.a. CSU,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
**Subsidiarität**
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
COM (2016) 128 final
BR-Drs. 114/16
Drs. 17/10874, 17/11079 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | A | Z | Z |

**Verfassungsstreitigkeit**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. März 2016 (Vf. 13-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

   1. des Art. 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz − LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), zuletzt geändert durch Art. 10 a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl S. 178),

   2. des § 13 der Wahlordnung für Landtagswahlen, Volksbegehren und Volksentscheide (Landeswahlordnung − LWO) vom 16. Februar 2003 (GVBl S. 62, BayRS 111-1-1-I), zuletzt geändert durch Art. 10 a Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl S. 178)

   PII/G 1310.02-0013
   Drs. 17/10932 (E)

   I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
   II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

**Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Studie über das Unrecht der Heimerziehung und die Folgeschäden bei den ehemaligen Heimkindern in Bayern
   Drs. 17/8400, 17/10782 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| A | A | ENTH | Z |

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Alternativen zur Heimunterbringung für pflegebedürftige ehemalige Heimkinder – Spezialisierte Beratungsangebote und ambulant betreute Wohnmöglichkeiten sicherstellen
Drs. 17/8402, 17/10875 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| A | A | A | Z |

5. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Inklusion jetzt: Lehrerbildung im Zeichen der Inklusion
Drs. 17/8714, 17/10895 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausweitung der Sondermaßnahme für die Lehrkräfteversorgung auch für Schulen in freier Trägerschaft
Drs. 17/9349, 17/10896 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Pflegenotstand entgegenwirken - Potenziale von Migrantinnen und Migranten nutzen
Drs. 17/9795, 17/10892 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bedarfsermittlungsstudie zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und Kinder in Bayern unverzüglich vorlegen.
Drs. 17/9834, 17/10876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Managementpläne der Natura 2000-Gebiete veröffentlichen
Drs. 17/9812, 17/10884 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| A | Z | Z | Z |

10. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Chancen für Bayerns Milcherzeuger nutzen − Installation eines "Weidemilchlabels" vorantreiben
Drs. 17/9841, 17/10900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| A | Z | Z | Z |

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Gefahren für die Honigbiene durch Pflanzenschutzmittel mit den Wirkstoffen Sulfoxaflor bzw. Flupyradifurone
Drs. 17/9845, 17/10901 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

12. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Verzögerung der Sanierung des Staatstheaters am Gärtnerplatz
Drs. 17/9855, 17/10899 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nein heißt nein! − Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen
Drs. 17/9918, 17/10908 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| A | ENTH | Z | Z |

14. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter, Erwin Huber u.a. CSU
Bericht über Angebotsverschlechterung bei Regionalzügen auf der Strecke nach Lindau
Drs. 17/9976, 17/10898 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

15. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. CSU
Hochwasserschutz und Grundwasserspiegel stärken − mehr Wasser in den Wäldern versickern lassen
Drs. 17/9990, 17/10885 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Mantelverordnung − bayerische Praxis bei der Verfüllung beibehalten
Drs. 17/10009, 17/10886 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | ENTH | Z | A |

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neue Berechnungsmethode für Flächenverbrauch
Drs. 17/10151, 17/10888 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Inklusion vorantreiben − Bilanz der schulartunabhängigen Beratung
Drs. 17/10156, 17/10893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

19. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Bayerischer Naturschutzfonds I –
Mittelausstattung und Mittelverwendung sowie Zahlen zur Förderung des Flächenerwerbs
Drs. 17/10172, 17/10889 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z |

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Bücherverkauf des Museums Otto Schäfer in Schweinfurt
Drs. 17/5720, 17/10920

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

21. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Begleitung der kommentierten Ausgabe von "Mein Kampf"
Drs. 17/6174, 17/10921

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

22. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Aufnahme in die FOS 13 auch mit Notendurchschnitt bis 3,0
Drs. 17/7158, 17/10894 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus,
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lohndumping in staatlicher Verantwortung stoppen – Wissenschaftliche Volontariate angemessen entlohnen!
Drs. 17/7653, 17/10757

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst,
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**